

# Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE  
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION  
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

## Referendum gegen die Revision des Militärgesetzes und «Weiterentwicklung der Armee»

Simon Küchler

Anfangs April 2016 hat ein parteipolitisch unabhängiges Bürgerkomitee das Referendum gegen das revidierte Militärgesetz ergriffen, welches das Parlament am 18. März 2016 verabschiedet hatte. Das Referendum will den Stimmberechtigten ermöglichen, selber basisdemokratisch über die Schweizer Milizarmee abzustimmen. Der folgende Artikel soll unserer Leserschaft die Vorlage kritisch vorstellen. (Red.)

Das revidierte Militärgesetz wird von Bundesbern gerne mit dem Schlagwort «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) verkauft. Wer kann schon ernsthaft gegen eine weiterentwickelte Armee sein, mag man einwenden, vor allem, wenn dabei die zahlreichen Mängel der Armee XXI endlich behoben werden sollen? Gegen diesen Schritt ist nichts einzuwenden, ebenso wenig gegen den vom Parlament beschlossenen, vierjährigen Zahlungsrahmen von CHF 20 Mrd. Allerdings hätten die Mängel der Armee XXI schon längst auf der Basis der jetzt gültigen Gesetzgebung behoben werden können. Was neben der Mängelbehebung bleibt, ist leider nicht so positiv, wie es uns die Propaganda aus Bern weismachen will. Wer sich im Detail mit der so genannten WEA auseinandersetzt, muss feststellen, dass die Vorlage schwerwiegende Mängel enthält. Auch viele Befürworter der Vorlage weisen deshalb darauf hin, dass die WEA nur ein erster Schritt sein könne, um die Armee wieder zu stärken.

### Argumentative Basis

Die Vorlage beruht auf dem überholten Sicherheitspolitischen Bericht 2010 und dem Armeebereich 2010. Seither hat sich die Bedrohungslage weltweit wesentlich verschlechtert. Die sicherheitspolitische Lage erinnert immer mehr an den Kalten Krieg; der zunehmende Terrorismus in Europa kann auch unsere Innere Sicherheit bedrohen. Frankreich befindet sich nach wie vor im Ausnahmezustand. Dieser Verschärfung der Lage wird die WEA durch Abbau von Truppen

und Infrastruktur in keiner Weise gerecht. Anstatt die Armee auf die künftigen Bedrohungen auszurichten und auf den gefährlichsten Fall vorzubereiten, ist die WEA auf die kurzfristig absehbare Schönwetterlage des Jahres 2010 ausgerichtet. Der Abbau könnte auch nicht kurzfristig korrigiert werden. Alex Kuprecht (SVP, SZ), Präsident der ständerätlichen Sicherheitskommission 2013–2015 ist überzeugt, dass ein Aufwuchs der Armee in Zukunft weder notwendig noch möglich sein wird! Der Bundesrat versucht vergebens, mit dem ungenügenden Sicherheitspolitischen Bericht 2016 die WEA zu rechtfertigen. Nicht zufällig haben deshalb sowohl der Gewerbeverband (SGV) als auch die Offiziersgesellschaft (SOG) diesen «Rechtfertigungsversuch» abgelehnt.

*Die Befürworter der WEA geben zu bedenken, dass die gestiegene Bedrohungslage sehr wohl anerkannt werde und gerade dies der Grund sei, weshalb die WEA jetzt umgesetzt werden müsste, um eine kleine, aber gut ausgerüstete Armee zu schaffen.*

### Sollbestand der WEA-Armee

Mit der vierten Armee reform innerhalb von 25 Jahren würde der Sollbestand der Armee bereits zum dritten Mal halbiert – auf noch 100 000 AdA. Der Bundesrat schreibt in seiner Botschaft vom 3. September 2014 an das Parlament: «Mit 100 000 wird der Sollbestand gegenüber der bisherigen Armee

halbiert; vor zwanzig Jahren lag er noch bei über 600 000.» Zudem werden die Dienstage insgesamt und pro einzelnen AdA reduziert. Doch damit nicht genug. Das mit der Gesetzesrevision verbundene Stationierungskonzept führt zur unwiederbringlichen Aufgabe wertvoller militärischer Kampfinfrastruktur. Dazu nur ein Beispiel: Das Stationierungskonzept sieht vor, dass die Luftwaffe in Zukunft nur noch über drei Militärflugplätze verfügt, nämlich Emmen, Meiringen und Payerne. Der bewusste Verzicht auf den Militärflugplatz Sion wird dazu führen, dass die Luftwaffe bei gewissen meteorologischen Bedingungen (starker Bodennebel nördlich des Alpenhauptkamms) nicht mehr fliegen kann. Die Luftüberwachung würde generell in Frage gestellt. So wäre beispielsweise die Überwachung des Luftraumes während des World Economic Forums WEF in Davos bei starkem Bodennebel kaum mehr zu gewährleisten.

*Die Befürworter der WEA stellen ihre Argumentation auf den Standpunkt, dass es weder der Motivation der Truppe dient, noch der Sicherheit der Schweiz etwas bringt, wenn die Armee zwar über viele AdA verfügt, diese aufgrund fehlender finanzieller Mittel aber nicht vollständig ausgerüstet werden können. Überdies monieren die Befürworter, dass die WEA-Gegner von veralteten Zahlen ausgehen. Der Effektivbestand belief sich nämlich bereits Ende 2015 auf nur noch 170 000 AdA (Aktive und Re-*

**Referendum contro il «ulteriore sviluppo dell'esercito»**  
Articolo sulla pagina 3 del periodico.

**Referendum contre le «Développement de l'armée»**  
Article sur la page 2 de la publication.

*serve) und verringert sich jedes Jahr weiter. Die heutige Armee könne so nicht mehr lange überleben und die Bestände (Mannschaft und Kader) seien nicht mehr gesichert.*

*ausgerüsteten, beweglich einsetzbaren Verbänden die Schutzaufgaben auch lösen.*

### Innere Sicherheit

Es ist unbestritten, dass sich die Terrorgefahr massiv verschärft hat. Gemäss Art. 173 und 185 der Bundesverfassung (BV) tragen die Bundesversammlung und der Bundesrat eine Mitverantwortung für die Innere Sicherheit. Der Bundesrat hat dies erkannt und am 18. September 2015 seine «Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung» verabschiedet. Nach Absicht des Bundesrates kommt dem Schutz gefährdeter Einrichtungen und Objekte der Infrastruktur eine besondere Bedeutung zu. Mit den verbleibenden 17 Infanterie-Bataillonen kann nur ein kleiner Teil der ca. 1000 lebenswichtigsten Objekte gegen Terrorismus geschützt werden. Wir machen uns damit schutzlos, denn schützen kann man nur, wenn man am Objekt ist.

*Die Befürworter der WEA argumentieren immer wieder, die Innere Sicherheit sei Sache der Kantone. Zudem könne man mit modern*

### Führungsorganisation

Mit der WEA wird eine bürokratische, kopflastige, zentralistische und damit höchst milizunfreundliche Führungs- und Truppenorganisation eingeführt, die für den Ernstfall untauglich ist. Schutz- und Kampftruppen unterstehen verschiedenen Kommandostellen. Die Luftwaffe wird mit der WEA herabgestuft, falsch gegliedert, und könnte die schnellen und überraschenden Gefahren aus der Luft nur erschwert bekämpfen. Das mit der Einführung der WEA geplante neue Stationierungskonzept der Armee führt zudem zur unwiederbringlichen Zerstörung wichtiger militärischer Infrastruktur.

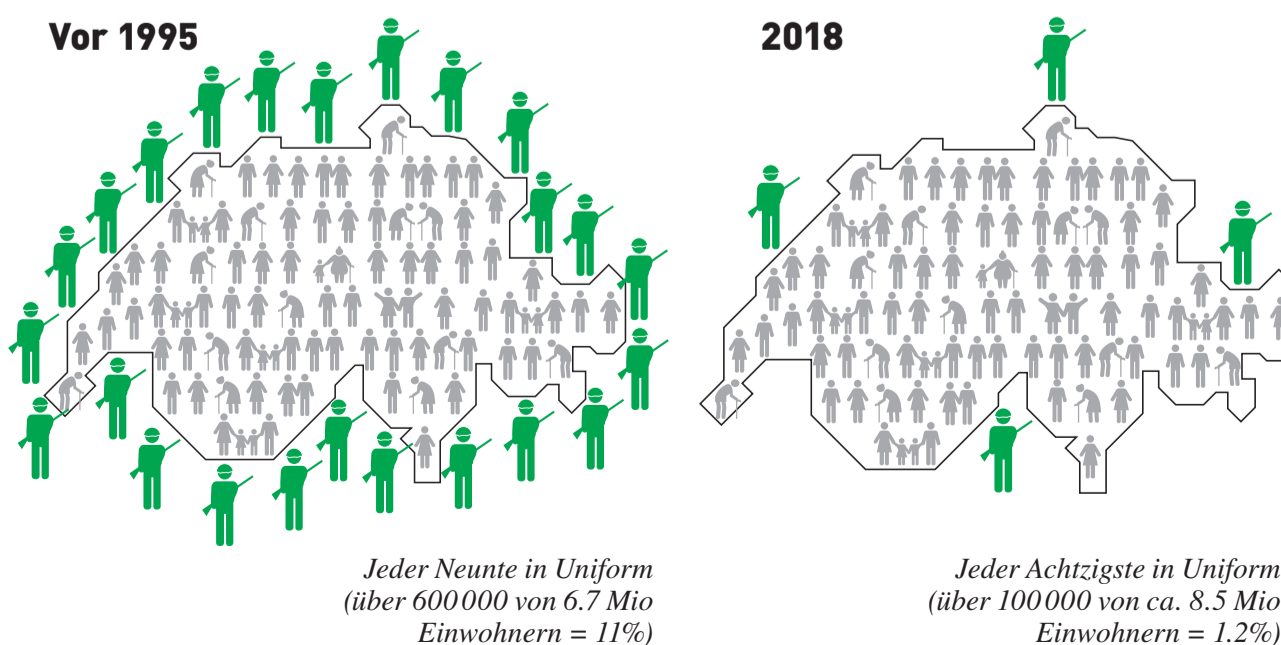
*Die Befürworter der WEA geben zu bedenken, dass die gewählte organisatorische Führungsstruktur vom VBS als die passendste evaluiert wurde. Für das neue Stationierungskonzept würde aufgrund der zur Verfügung stehenden Finanzrahmens keine Alternative bestehen.*

### Stellung der Miliz

Gemäss den Gutachten der beiden Professoren Dr. Dietrich Schindler (Universität Zürich, 1999) und Dr. Rainer J. Schweizer (Universität St. Gallen, 2010) beinhaltet das Milizprinzip, dass die Armee bis in die höchsten Stufen durch Milizkader geführt werde. Bereits die Armee XXI hat das Milizprinzip auf ruinöse Art ramponiert. Heute wird das Milizprinzip kaum mehr respektiert. Wenn nur die Truppe allein und die unteren Kader aus der Miliz kommen, ist das keine Milizarmee mehr. Mit der WEA sollen zudem die Infanterie-Brigaden abgeschafft werden. Ein Milizoffizier der Infanterie hat dann höchstens noch die Möglichkeit, Bataillonskommandant zu werden.

### Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Referendum gegen die Revision des Militärgesetzes und so genannte WEA	1
Referendum contre la révision de la Loi sur l'armée et le «Développement de l'armée»	2
Referendum contro la revisione della legge militare e «ulteriore sviluppo dell'esercito»	3
Werden Sie Mitglied! / Devenez membre! / Diventate soci!	4



Ende des Artikels auf Seite 2

# Referendum contre la révision de la Loi sur l'armée et le «Développement de l'armée»

Simon Küchler

**Un comité indépendant de citoyens a lancé début avril le referendum contre la révision de la Loi sur l'armée et l'administration militaire (Loi sur l'armée – LAAM) adoptée par le Parlement en date du 18 mars 2016. L'objectif du referendum est de permettre aux électrices et électeurs de décider souverainement de l'avenir de notre armée de milice. L'article ci-dessous souhaite présenter à nos lecteurs l'objet dans un esprit critique et objectif. (Rédaction).**

La modification de la Loi sur l'armée est volontiers présentée par la Berne fédérale sous l'appellation simplificatrice de «Développement de l'armée» (DEVA). Quel partisan d'une défense crédible peut-il sérieusement s'opposer à un développement de l'armée, en particulier si il s'agit d'enfin corriger les graves défauts de l'Armée XXI? Il n'y a en principe pas grand-chose à opposer à une telle volonté, encore moins si celle-ci est accompagnée de la décision du Parlement d'accorder à l'armée un crédit cadre de 20 milliards de francs en quatre ans. Ceci étant, ne manquons pas de souligner que les graves défauts de l'Armée XXI auraient pu être éliminés de longue date en s'appuyant sur la seule Loi militaire actuellement en vigueur. Le problème posé vient du fait que, mise à part la correction tardive des défauts signalés, le reste de la réforme n'est de loin pas aussi positif que la propagande officielle veut bien nous le faire croire. Celui qui, par exemple, prend la peine d'examiner en détail la proposition de

«Développement de l'armée» (DEVA) doit bien vite déchanter et constater que celle-ci comporte de telles faiblesses que même ses partisans admettent que la réforme en cours ne serait qu'un premier pas vers le nécessaire renforcement de l'armée.

## Arguments du DEVA

La proposition de loi s'appuie sur des documents de base dépassés et caduques, le Rapport sur la politique de sécurité 2010 et le Rapport sur l'armée 2010. La menace a depuis largement et négativement évolué au plan mondial. La situation géopolitique et sécuritaire actuelle rappelle celle de la Guerre froide et la montée en puissance du terrorisme, particulièrement en Europe, menace directement notre sécurité intérieure. La France est toujours à ce jour en «état d'urgence». Le DEVA, en accélérant la diminution des effectifs et l'abandon d'infrastructures, ne tient absolument pas compte du durcissement de la situa-

tion. La réforme en cours, plutôt que de mettre l'armée au diapason des menaces présentes et de la situation la plus dangereuse, table sur un «cas beau temps» qui appartient hélas au passé.

La déconstruction engagée ne saurait être corrigée dans le court terme. Le Conseiller aux Etats Alex Kuprecht (UDC, SZ), Président de la Commission de politique de sécurité du Conseil des Etats 2013–2015, s'affirme lui-même convaincu qu'une montée en puissance de l'armée ne serait ni possible, ni nécessaire dans l'avenir! Le Conseil fédéral s'efforce sans convaincre de justifier la Réforme en publiant dans la précipitation un Rapport sur la politique de sécurité 2016. Les conclusions de ce rapport ont été tout simplement balayées, aussi bien par l'Union suisse des arts et métiers (Usam) que par la Société Suisse des Officiers (SSO).

*Les avocats du DEVA prétendent que l'augmentation de la menace a bien été prise en compte et que, c'est justement pour cette raison que la Réforme devrait être mise en place dès maintenant avec une armée, certes réduite de moitié, mais bien équipée.*

d'aviation, celles d'Emmen, Meiringen et Payerne. L'abandon de l'aérodrome de Sion conduira l'aviation à ne plus pouvoir voler en cas de conditions météorologiques défavorables au nord des Alpes (fort brouillard persistant sur le Plateau). La surveillance aérienne serait globalement remise en question. En particulier celle liée à la protection du World Economic Forums (WEF) de Davos en cas de fort brouillard au sol.

*Les avocats de la Réforme basent leur argumentation sur le fait que ni la motivation de la troupe, ni la sécurité du pays ne sauraient être garanties si l'armée, disposant comme aujourd'hui d'un effectif suffisant, n'était pas en mesure d'être équipée entièrement et correctement par manque de moyens financiers. Les mêmes avocats prétendent que les opposants à la Réforme s'appuient sur des chiffres dépassés. L'effectif réel de l'armée actuelle est, fin 2015, de 170000 militaires (actifs et de réserve). L'armée actuelle, selon les partisans de la réforme, ne pourrait de toute façon plus survivre longtemps car les effectifs (troupe et cadres) ne seraient plus garantis.*

doivent nécessairement faire l'objet d'une protection rapprochée.

*Les avocats du DEVA ne cessent eux d'affirmer que la sécurité intérieure est l'affaire des seuls cantons, même si ils ne disposent que de faibles moyens. Notons ici que des troupes modernes, mobiles et bien équipées, sont parfaitement en mesure d'assurer des tâches de protection.*

## Structure de conduite

La Réforme DEVA introduirait une structure de conduite bureaucratique, lourde et centralisatrice et ainsi parfaitement en contradiction avec le caractère de milice de notre armée autant qu'inefficace en cas d'engagement. Les troupes de protection et de combat seraient subordonnées à des commandements différents.

Les Forces aériennes seraient reléguées en Challenge League, faussement structurées et difficilement en mesure de faire face à des menaces aériennes qui, aujourd'hui, interviennent aussi rapidement que soudainement. Le nouveau concept de stationnement qui serait introduit par le DEVA entraînerait de facto la destruction ou l'abandon d'importantes infrastructures militaires.

*Les avocats du DEVA affirment que l'organisation de conduite choisie du Département de la défense est la plus adaptée de toutes celles évaluées. Le concept de stationnement serait lui le seul et sans alternative possible en fonction du cadre financier défini.*

## Que de la milice?

Le respect du principe de milice, tel qu'analysé dans les études approfondies du Professeur Dr. Dietrich Schindler (Université de Zurich, 1999) et du Professeur Dr. Rainer J. Schweizer (Université de St-Gall, 2010) implique que l'armée puisse être, y compris dans les plus hautes fonctions, conduite par des cadres issus de la milice.

Fin de l'article à la page 4

Fortsetzung von Seite 1

Und wie steht es in einer halbierten Armee mit noch 10000 Offizieren und 15000 Unteroffizieren um die Milizorganisationen (SOG, SUOV) und der damit verbundenen Verankerung der Armee im Volke?

*Die Befürworter der WEA vertreten die Ansicht, dass die Miliz weiterhin bestehe, so lange das Gros der Truppe sich aus Milizsoldaten zusammensetzt.*

## Verfassungsmässigkeit

Eine halbierte Armee kann ihre verfassungsgemässen Aufgaben nicht mehr erfüllen, insbesondere das Land und seine Bevölkerung zu verteidigen, sowie die zivilen Behörden bei Bedrohungen der Inneren Sicherheit zu unterstützen, wie es die Artikel 58, 173 und 185 BV verlangen. Die Armee kann die Neutralität nicht mehr glaubwürdig schützen. Die vielen offenen Fragen zur Verfassungsmässigkeit sowie zur internationalen Ausrichtung der WEA-Armee auf EU und Nato müssen vom Bundesrat und Parlament endlich beantwortet werden (vgl. dazu den Leitartikel in «Pro Militia» 1/2016).

Um dem weiteren Schrumpfen der Armee entgegen zu wirken, sind die gesetzeswidrige Militärdienstverweigerung aus reinem Opportunismus und damit der praktizierte Missbrauch des Zivildienstes endlich zu stoppen.

Die Befürworter der WEA geben zu bedenken, dass die Schweiz über keine Verfassungsgerichtsbarkeit verfügt. Daher könne die Frage, ob die WEA verfassungsmässig sei oder nicht, gar nicht beantwortet werden. Letztlich handle es sich um eine akademische Frage.

Breite öffentliche Auseinandersetzung um die Sicherheit der Schweiz!

Das Stimmvolk konnte sich letztmals in der Referendumsabstimmung vom 18. Mai 2003 über die Militärgesetzrevision zur Armee XXI äussern. Ein Bürgerkomitee will mittels Referendum die bisher in der Öffentlichkeit vernachlässigte Diskussion über die vorliegende Armee reform ermöglichen. Es stellt sich die Frage, wie sinnvoll es ist, mit einem Armeeabbau eine gefährliche Schwächung des Sicherheitsraumes Schweiz zu schaffen, um danach diese geschwächte Armee in vielen einzelnen Schritten wieder neu aufzubauen, ganz abgesehen von den zusätzlichen Kosten, die dieses Abbau-Aufbau-Szenario mit sich bringen würde.

*Auch die Befürworter der WEA sind der Ansicht, dass in der Öffentlichkeit vermehrt über die schweizerische Sicherheitspolitik debattiert werden sollte, aber dies könne auch unabhängig von einem Referendum gegen die WEA geschehen.*

Simon Küchler war Milizoffizier bis zum Grade eines Brigadiers, darauf 4 Jahre Kommandant Gebirgsdivision 9 und 7 Jahre Kommandant Gebirgsarmee Korps 3. In Milizfunktion war er als Vertreter der Schweizerischen Offiziersgesellschaft während 10 Jahren Mitglied des Rates für Gesamtverteidigung.

## Fazit

Die Gremien der Pro Militia haben keinen Beschluss zum Referendum gefasst. Mit diesem Artikel sollen die alle Leserinnen und Leser dieser Grossauflage in die Lage versetzt werden, sich unabhängig von Behördenpropaganda selber ein Urteil zu bilden. (Red.)

## Effectif réglementaire pour l'armée DEVA

Avec cette quatrième réforme de l'armée en l'espace de 25 ans, l'effectif serait réduit de moitié pour la troisième fois pour arriver à 100000 militaires.

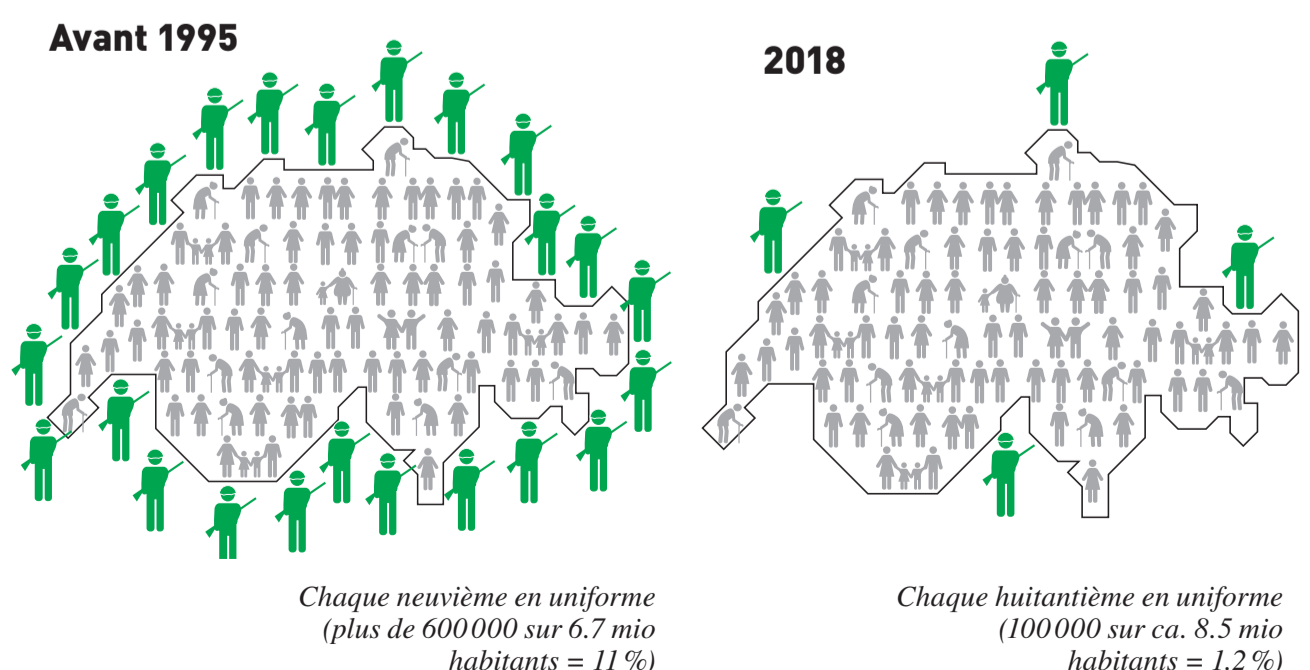
Dans son message du 3 septembre 2014 au Parlement, le Conseil fédéral confirme: «Avec un effectif réglementaire ramené à 100000 hommes, celui-ci serait diminué de moitié; il était encore de 600000 il y a vingt ans.» Le nombre de jours de service à accomplir se verrait en plus réduit pour chacun des militaires astreints. Cela semble pourtant ne pas suffire à l'administration. Le concept de stationnement lié à la réforme conduit lui à l'abandon d'une infrastructure de combat aussi importante qu'utile.

A ce sujet, un seul exemple. Les Forces aériennes ne disposeraient à l'avenir plus que de trois places

## Sécurité intérieure?

Personne ne conteste sérieusement le fait que le danger terroriste s'est considérablement accru. Selon les articles 173 et 185 de la Constitution fédérale l'Assemblée fédérale, respectivement le Conseil fédéral, sont responsables de prendre les (des) mesures nécessaires pour préserver la sécurité intérieure. Le Conseil fédéral en est bien conscient puisqu'il a approuvé en date du 18 septembre 2015 la «Stratégie de la Suisse pour la lutte contre le terrorisme».

L'intention du Conseil fédéral est de veiller à la protection d'infrastructures et d'objets d'importance vitale. Les 17 bataillons d'infanterie restants ne permettront de protéger du terrorisme qu'une petite partie des près de 1000 objets et infrastructures critiques recensés (énergie, communication, transports). Nous négligeons ainsi notre propre protection puisque ces objets vitaux



# Referendum contro la revisione della legge militare e «ulteriore sviluppo dell'esercito»

Simon Küchler

All'inizio di aprile 2016 un comitato civico indipendente dai partiti ha lanciato il referendum contro la revisione della legge militare approvata dal Parlamento il 18 marzo 2016. Il referendum mira a consentire alle cittadine e ai cittadini del nostro Paese di decidere democraticamente sull'esercito di milizia svizzero. Questo articolo vuole presentare criticamente il progetto legislativo alle lettrici e ai lettori. (Red.)

La revisione della legge militare è volentieri venduta dalla Berna federale con lo slogan «ulteriore sviluppo dell'esercito» (USEs). Chi può essere seriamente contrario a un esercito «ulteriormente sviluppato», si potrebbe ribattere, soprattutto se in tal caso vengono finalmente eliminate le numerose lacune di Esercito XXI? Contro un simile passo non c'è nulla da criticare, tanto meno contro la decisione del Parlamento di concedere un limite di spesa quadriennale di 20 miliardi di franchi. Tuttavia, le lacune di Esercito XXI avrebbero potuto essere eliminate da lungo tempo sulla base della legislazione in vigore. A parte l'eliminazione delle lacune, ciò che rimane non è purtroppo così positivo come la propaganda di Berna vuol farci credere. Chi si confronta in maniera approfondita con il cosiddetto USEs deve constatare che il progetto legislativo presenta gravi carenze. Perfino i suoi fautori ammettono che l'USEs può essere solo un primo passo per rafforzare nuovamente il nostro esercito.

## Base argomentativa

Il progetto legislativo si fonda sull'obsoleto Rapporto sulla politica di sicurezza 2010 e sul Rapporto sull'esercito 2010. Da allora, la situazione di minaccia a livello mondiale è sostanzialmente peggiorata. La situazione in materia di politica di sicurezza ricorda sempre di più la Guerra fredda; la crescita del terrorismo in Europa può minacciare anche la nostra sicurezza interna. La Francia continua a trovarsi in stato d'emergenza. L'USEs, che prevede la riduzione delle truppe e il ridimensionamento delle infrastrutture, non tiene assolutamente conto di questo aggravamento della situazione. Invece di orientare l'esercito alle minacce future e prepararlo al caso più temibile, l'USEs è orientato al periodo di serenità che era prevedibile a breve termine nell'anno 2010. Inoltre, a breve scadenza il ridimensionamento non potrebbe nemmeno essere corretto. Alex Kuprecht (UDC, SZ), presidente della Commissione della politica di sicurezza del Con-

siglio degli Stati 2013–2015, è convinto che in futuro un potenziamento dell'esercito non sarà né necessario né possibile! Il Consiglio federale cerca inutilmente di giustificare l'USEs con il suo carente Rapporto sulla politica di sicurezza 2016. Non è casuale che sia l'Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM) sia la Società Svizzera degli Ufficiali (SSU) abbiano rifiutato questo «tentativo di giustificazione.»

*I fautori dell'USEs considerano che l'aggravamento della situazione di minaccia sia stato ampiamente riconosciuto e che proprio questo costituisca il motivo per cui l'USEs deve essere concretizzato ora, allo scopo di creare un esercito più piccolo ma ben equipaggiato.*

## Effettivo dell'esercito dopo l'USEs

Con la quarta riforma dell'esercito degli ultimi 25 anni l'effettivo regolamentare dell'esercito verrebbe ridotto della metà per la terza volta – dopo l'USEs a soli 100.000 militari! Il Consiglio federale scrive nel suo messaggio del 3 settembre 2014 al Parlamento: «Un effettivo regolamentare di 100.000 militari rappresenta un dimezzamento rispetto allo stato attuale; 20 anni or sono l'effettivo regolamentare ammontava ancora a oltre 600.000 militari.» Inoltre, saranno ridotti sia il numero complessivo di giorni di servizio, sia i giorni di servizio del singolo militare.

Ma questo non è tutto. Il Concetto relativo agli stazionamenti, connesso con la revisione della legge, comporta l'irreversibile abbandono di preziose infrastrutture di combattimento. Un solo esempio al riguardo: tale Concetto prevede che in futuro le Forze aeree dispongano di soli tre aerodromi militari, ossia Emmen, Meiringen e Payerne. La rinuncia consapevole all'aerodromo di Sion comporterà che, in determinate condizioni meteo (densa nebbia al suolo a nord del principale crinale alpino), le Forze aeree non potranno più volare. La sorveglianza dello spazio aereo in generale sarebbe messa in discussione.

Per esempio durante il World Economic Forum di Davos, in caso di forte nebbia al suolo la sorveglianza dello spazio aereo non potrebbe praticamente essere garantita.

*I fautori dell'USEs argomentano che non è utile alla motivazione della truppa né alla sicurezza della Svizzera se l'esercito dispone di un gran numero di militari che però non possono essere equipaggiati completamente per mancanza di risorse finanziarie. Inoltre asseriscono che gli avversari dell'USEs si fondano su cifre non più attuali. Già alla fine del 2015 l'effettivo era di soli 170.000 militari (attivi e riserva) e si riduce ogni anno. L'esercito attuale, in queste condizioni, non potrebbe sopravvivere a lungo e gli effettivi (truppa e quadri) non sarebbero più garantiti.*

Protezione della sicurezza interna? È incontestato che il pericolo del terrorismo sia marcatamente aumentato. Secondo gli art. 173 e 185 della Costituzione federale (Cost.), l'Assemblea federale e il Consiglio federale assumono una corresponsabilità nella salvaguardia della sicurezza interna. Il Consiglio federale lo ha riconosciuto e il 18 settembre 2015 ha adottato la sua Strategia della Svizzera per la lotta al terrorismo.

Secondo il Consiglio federale va attribuita particolare importanza alla protezione di installazioni e opere infrastrutturali minacciate. Con i previsti 17 battaglioni di fanteria rimanenti, potrà tuttavia essere protetta nei confronti del terrorismo solo una piccola parte delle ca. 1000 opere vitali. Ci troveremo quindi indifesi, perché è possibile proteggere soltanto se si è presenti in loco. I fautori dell'USEs argomentano ripetendo che la sicurezza interna è di competenza dei Cantoni. Inoltre, con formazioni modernamente equipaggiate e mobili sarebbe possibile adempiere anche i compiti di protezione.

## Organizzazione di condotta

L'USEs introduce un'organizzazione di condotta e delle truppe burocratica, verticistica, centralizza-

trice – pertanto assolutamente non compatibile con il principio di milizia – e non idonea in caso effettivo. Truppe di protezione e di combattimento sono subordinate a organi di comando differenti. Le Forze aeree vengono declassate, articolate in maniera erronea e potrebbero combattere difficilmente pericoli repentini e sorprendenti provenienti dallo spazio aereo. Inoltre, il nuovo Concetto relativo agli stazionamenti previsto con l'introduzione dell'USEs comporta la distruzione irreversibile di infrastrutture militari importanti.

*I fautori dell'USEs considerano che l'organizzazione scelta per la struttura di condotta del DDPS sia quella valutata come più adeguata. Per quanto riguarda il Concetto relativo agli stazionamenti, a causa delle risorse finanziarie disponibili non vi sarebbero alternative.*

## Posizione dei militari di milizia

Secondo le perizie dei professori Dietrich Schindler (Università di Zurigo, 1999) e Rainer J. Schweizer (Università di S. Gallo, 2010) il principio di milizia implica che l'esercito sia comandato fino ai massimi livelli da quadri di milizia. Già con Esercito XXI il principio di milizia è stato disastrosamente pregiudicato. Oggi il principio di milizia non viene praticamente più rispettato. Quando soltanto la truppa e i quadri subalterni sono di milizia, non possiamo più parlare di «esercito di milizia». Inoltre, con l'USEs saranno soppresse le brigate di fanteria. Un ufficiale di milizia della fanteria avrà ancora, al massimo, la possibilità di diventare comandante di battaglione.

Infine, con un esercito dimezzato che conterà soltanto 10.000 ufficiali e 15.000 sottufficiali, quale sarà la situazione delle società e associazioni militari di milizia (SSU, ASSU) e il conseguente radicamento dell'esercito nella popolazione?

*I fautori dell'USEs sono dell'opinione che l'esercito di milizia esiste fintanto che la maggior parte delle truppe è costituita da soldati di milizia.*

## Non costituzionalità dell'USEs

Un esercito dimezzato non è più in grado di adempiere i propri compiti costituzionali, in particolare difendere il Paese e la sua popolazione nonché appoggiare le autorità civili in caso di minacce alla sicurezza interna, come prescrivono gli art. 58, 173 e 185 Cost. L'esercito non ha più la possibilità di proteggere in maniera credibile la neutralità. Le molte domande in sospeso sulla costituzionalità e sull'orientamento dell'esercito all'UE e alla NATO, previsto con l'USEs, devono finalmente ricevere una risposta dal Consiglio federale e dal Parlamento. (cfr. al riguardo l'editoriale in «Pro Militia» 1/2016).

Per contrastare la progressiva erosione degli effettivi dell'esercito occorre porre fine una volta per tutte all'illecito rifiuto di prestare servizio militare per puro opportunismo e al ricorrente abuso del servizio civile.

*I fautori dell'USEs considerano che la Svizzera non dispone di alcuna Corte costituzionale e che di conseguenza la domanda relativa alla costituzionalità dell'USEs non può avere risposta. In definitiva si tratterebbe comunque di una questione accademica.*

## Un ampio dibattito pubblico sulla sicurezza!

Il Popolo ha potuto esprimersi per l'ultima volta in occasione della votazione del 18 maggio 2003 sul referendum contro la revisione della legge militare e Esercito XXI. Ora un comitato civico, mediante un referendum, vuole per-mettere un dibattito pubblico, finora trascurato, sulla presente riforma dell'esercito.

Si pone la questione di quanto sia opportuno e sensato un pericoloso indebolimento dello spazio di sicurezza svizzero mediante una riduzione dell'esercito, per poi procedere nuovamente in molte fasi successive alla ricostruzione di tale esercito indebolito, senza parlare dei costi supplementari che un simile scenario di riduzione e successiva ricostruzione implicherebbe.

*I fautori dell'USEs sono dell'opinione che la politica di sicurezza svizzera dovrebbe essere maggiormente oggetto di dibattito nell'opinione pubblica, ma anche che ciò possa avvenire in-dipendentemente da un referendum contro l'USEs.*

*Simon Küchler è stato ufficiale di milizia fino al grado di brigadiere, successivamente è stato per 4 anni comandante della divisione di montagna 9 e per 7 anni comandante del corpo d'armata di montagna 3. Nella sua funzione di milizia è stato per 10 anni rappresentante della Società Svizzera degli Ufficiali in seno al Consiglio di difesa.*

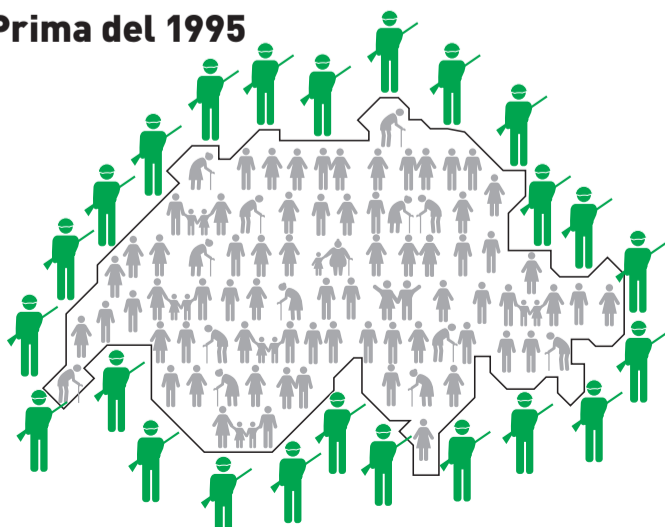


Foto Simon Küchler

## Conclusione

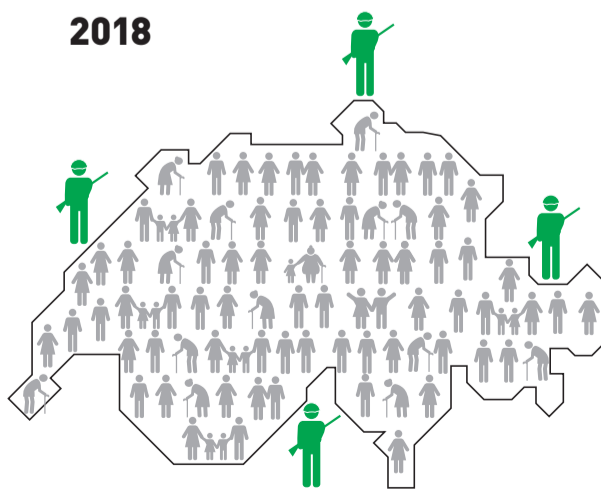
Gli organi di Pro Militia non han-no adottato alcuna decisione in merito al referendum. Questo articolo intende consentire alle lettrici e ai lettori di questo numero ad ampia tiratura di formarsi un proprio giudizio a prescindere dalla propaganda delle autorità. (Red.)

Prima del 1995



Un cittadino su 9 in uniforme  
(più di 600.000 soldati su 6.7 mio abitanti = 11%)

2018



Un cittadino su 80 in uniforme  
(100.000 soldati su ca. 8.5 mio abitanti = 1.2%)

suite de la page 2

L'Armée XXI s'était déjà appliquée à ne pas respecter ce principe. La nouvelle mouture va dans la même direction. Si seule la troupe et les cadres subalternes sont issus de la milice, alors il faut renoncer à cette appellation.

Le DEVA prévoit même de supprimer radicalement toutes les brigades d'infanterie, autant dire qu'un officier de milice ne pourra plus désormais accéder, au mieux, qu'au commandement d'un bataillon.

Que deviendraient par ailleurs les sociétés de milice, leurs 10 000 officiers (SSO) et leurs 15 000 sous-officiers (ASSO), sensées ancrer l'armée dans la population ?

*Les avocats du DEVA avancent malicieusement de leur côté que l'esprit est toujours respecté, aussi longtemps que le gros de la troupe est toujours constitué par des soldats de milice.*

### Le DEVA pas conforme à la Constitution

Une armée réduite de moitié n'est plus en mesure de remplir les devoirs qui lui sont confiés par la Constitution (articles 58, 173 et 185), en particulier la défense du pays et de sa population, de même que l'appui aux autorités civiles en cas de menaces sur la sécurité intérieure.

L'armée n'est plus en mesure de faire respecter notre neutralité.

Le moment est venu pour le Conseil fédéral et le Parlement de répondre aux nombreuses interrogations au sujet de la conformité de l'armée issue du DEVA à la Constitution, autant que de son rapprochement, toujours plus marqué, sur l'OTAN et l'Union Européenne (voir à ce sujet l'éditorial de «Pro Militia 1/2016»). »

Il est, par ailleurs, urgent et impératif de mettre un terme à l'affaiblissement continu des effectifs engendré par les nombreux refus de

servir, la plupart du temps opportunistes et contraires à la loi, ou par la dérive et l'abus du service civil.

*Les avocats du DEVA prétendent que la Suisse ne dispose pas d'une juridiction permettant d'apprécier la conformité à la Constitution et que, de ce fait, la réponse à la question posée ne peut trouver de réponse claire. Cette affirmation est purement académique.*

### Nécessité d'un débat public

Le peuple a eu la dernière fois l'occasion de s'exprimer le 18 mai 2003 lors d'un vote référendaire sur la révision de la Loi militaire conduisant à l'Armée XXI. Un comité de citoyens souhaite aujourd'hui qu'un débat public ait enfin lieu sur une réforme au sujet de laquelle on a bien trop évité jusque là la discussion. On est en droit de se poser la question de savoir si un tel affaiblissement de l'armée ne porte pas gravement et durablement atteinte à la sécurité du pays. La reconstruction ultérieure de cette armée, étape par étape, nécessiterait un tel effort, entre autre financier, que ce scénario démolition-reconstruction est juste incroyablement risqué.

*Les avocats du DEVA admettent aujourd'hui qu'un débat public au sujet de la politique de sécurité de la Suisse devrait plus souvent avoir lieu. Les mêmes, en parfaite contradiction, affirment pourtant que ce débat devrait faire abstraction ou éviter une discussion publique et citoyenne sur la réforme dite du Développement de l'armée (DEVA).*

*Simon Küchler était officier de milice jusqu'au grade de brigadier. Il commanda par la suite 4 ans la Division de montagne 9 et 7 ans le Corps d'armée de montagne 3. Il représenta en tant que milicien la Société Suisse des Officiers durant 10 ans au Conseil de la Défense générale.*



### En conclusion

Les instances dirigeantes de Pro Militia n'ont pris aucune décision au sujet du referendum. Nous souhaitons toutefois permettre aux lectrices et lecteurs de cette édition à grand tirage de se forger leur propre opinion, libérée de toute influence de la propagande officielle. (Rédaction)

### Que veut Pro Militia?

Pro Militia est une association regroupant des militaires anciennement ou présentement incorporés dans l'armée ainsi que des citoyennes et des citoyens, tous soucieux de contribuer selon leurs forces à l'accomplissement des tâches de l'Etat et de la société comme stipulé à l'article 6 de la Constitution fédérale. Les uns et les autres s'engagent en faveur de la sécurité extérieure et intérieure de notre pays et donc pour une armée de milice fidèle à la Constitution, apte à faire face aux menaces de ce temps, crédible et financée à hauteur de ses responsabilités. La raison d'être de notre association est principalement de garantir la parution du journal «Pro Militia», un organe indépendant publié en trois langues.

## Spendenauftrag des Bürgerkomitees Für unsere Sicherheit «NEIN zur Halbierung der Armee» Appel aux dons du comité citoyen Chiamata alle donazioni dell comitato civico

Das Bürgerkomitee ruft alle Leserinnen und Leser von Pro Militia dazu auf, das Referendum finanziell zu unterstützen. Das Postfinance-Konto des Bürgerkomitees lautet PC 89-556300-0, die IBAN lautet: CH93 0900 0000 8955 6300 0. Wer einen Einzahlungsschein erhalten möchte, kann diesen via E-Mail (info@armee-halbierung-nein.ch) oder über folgende Adresse bestellen:

Bürgerkomitee Für unsere Sicherheit – Nein zur Halbierung der Armee  
Postfach  
6302 Zug

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Im Namen des Bürgerkomitees,  
Willi Vollenweider

### Was will Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung zur «Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft» beitragen. Sie alle setzen sich ein für die Äussere und die Innere Sicherheit unseres Landes und daher für eine verfassungsmässige, bedrohungsgerechte, glaubwürdige und entsprechend finanzierte Milizarmee. Hauptzweck der Vereinigung ist die Herausgabe der gleichnamigen, dreisprachigen und unabhängigen Zeitung.

### Che cosa vuole Pro Militia?

Pro Militia è un'associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero nonché di cittadine e cittadini che, conformemente all'articolo 6 della Costituzione federale, intendono contribuire «alla realizzazione dei compiti dello Stato e della Società». Si impegna a favore della sicurezza esterna e interna del nostro Paese e quindi a favore di un esercito di milizia conforme alla Costituzione, adeguato alle minacce, credibile e opportunamente finanziato. Tra gli scopi principali dell'associazione vi è la pubblicazione dell'omonimo giornale, indipendente e trilingue.

### Werden Sie Mitglied von Pro Militia! Devenez membre de Pro Militia! Diventate soci di Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder  
Uniquement pour de nouvelles admissions  
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an/renvoyer s.v.p. à:  
Pro Militia

Postfach/case postale 369; 3000 Bern 14  
Konto/Conto Credit Suisse AG, 8070 Zürich  
IBAN: CH 89 0483 5099 9136 2100 0

Jahresbeitrag Fr. 25.–/cotisation annuelle Fr. 25.–

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p.f. a:  
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana  
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno  
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–.

### Impressum

26. Jahrgang/26<sup>e</sup> année/  
26<sup>e</sup> anno

Erscheint vierteljährlich/  
Paraît trimestriellement/  
Trimestrale

Nummer/Numéro/Numero  
2/2016, 23.05.2016

Abschlussdatum/Date de clôture/  
Data di chiusura: 09.05.2016

Druckauflage/Tirage/Tiratura:  
100 000

Nummer/Numéro/Numero  
3/2016

Redaktionsschluss/  
Délai de rédaction/  
Termine di redazione:  
15.08.2016

Erscheinungsdatum/  
Date de parution/  
Data di pubblicazione:  
05.09.2016

ISSN 1662-5560

www.promilitia.ch

## Pro Militia

### Herausgeber/Editeur/Editore

#### Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee/Association d'anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée suisse/Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero

Präsident i.V./  
Président/Presidente:  
Simon Küchler

Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en chef/Caporedattore:  
Martin Fricker,  
redaktion@promilitia.ch  
martin.fricker@martinfricker.ch

#### Insertionsbedingungen:

Format	CHF
1/1 Seite	1500.–
1/2 Seite hoch/quer	800.–
1/4 Seite hoch/quer	500.–
1/8 Seite hoch/quer	300.–

4-farbig oder schwarz/weiss

www.promilitia.ch/de/adressen

### Bundeshausredaktor/ Correspondant parlementaire/ Corrispondente parlamentare:

Heinrich L. Wirz,  
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

### Geschäftsstelle/Secrétariat/ Ufficio

Postfach/Case postale/Casella postale 369, 3000 Bern 14  
sekretariat@promilitia.ch

### Druck und Versand/ Impression et expédition/ Stampa e spedizione:

Stämpfli AG,  
Postfach, 3001 Bern

### Copyright © Pro Militia

Alle Rechte vorbehalten/  
Tous droits réservés/  
Tutti i diritti riservati

Einzelverkaufspreis: CHF 5.–  
Bezugsquelle: Geschäftsstelle  
Pro Militia

